

wirtschaft jetzt verlaufen wird, weil sie Geld zur Neuendung von Dämmen und anderen notwendigen Maßnahmen zur Selbstversorgung braucht. Die Wirklichkeit ist es die hohe Zeit, daß die Regierung in den am meisten bedrohten Bezirken — aus dem Ruhrgebiet mehrheitlich die Mängel über den Mangel der Lebensmittel, besonders über das Gefehl von Kartoffeln, Margarine, Fettten usw. — sofort zu Rotsandmaßnahmen greifen muß.

Am Dienstag verhandelte der Reichskanzler auch mit den Vertretern der Industrie und der Banken. Die Bedeutungen galten insbesondere der Deutschen- und Kreditpolitik. Es wird allerdings in weiteren Kreisen Vermögenserzeugen, Vermögens mit solchen Kreisen zu pflegen, bis an einem Mißerfolg der Deutschenpolitik interessiert sein.

Die vom Vorsitz der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu einer Unterredung mit Cuno beauftragten Vertreter werden am Mittwoch von dem Reichskanzler empfangen werden. Zur Erörterung steht die allgemeine innen- und außenpolitische Lage.

Die Tagesordnung der nächsten Reichstagsitzung.

Berlin, 1. August.

Auf der Tagesordnung der Reichstagsitzung, die für Mittwoch, den 8. August, nachmittags 3 Uhr, anberaumt ist, steht vorläufig die erste Lesung des Abteilungs- und Nachkriegsvertrags und der Unions eines Steuerzinses gegeben. Es ist anzunehmen, daß auch die übrigen Einerlösungen und die Goldanleihe, die in diesen Tagen die endgültige Fassung durch das Reichskabinett erhalten, ebenfalls auf der Tagesordnung der ersten Sitzung stehen werden. Vorauftischlich wird nicht nur Reichsfinanzminister Dr. Hennig diese Vorlagen als zuständiges Rechtshilfesystem begründen, sondern wahrscheinlich wird auch der Reichskanzler selbst das Wort ergreifen, um die Aussöhnung der Regierung über die allgemeine innen- und außenpolitische Lage vor dem Parlament zu vertreten.

Die Untersuchung des Feuermordes.

17. Rohrbachverschwörer angeklagt.

Berlin, 1. August.

Die Untersuchung des vor etwa sechs Wochen aufgedeckten Feuermordes an dem Landwirtschaftsleben Kohow ist bekanntlich den mecklenburgischen Justiz- und Polizeibehörden erzwungen und dem Staatsgerichtshof übergeben worden. Während nun der Untersuchungsräte und der Staatsanwalt in Mecklenburg die Angelegenheit als ein gewöhnliches Verbrechen behandeln, und die politischen Drahtzieher und Minister aus der Rohrbach-Organisation unbedingt lehnen, hat es den Anschein, daß der Staatsgerichtshof diesmal entschlossen ist, ganze Arbeit zu machen und die Rohrbach-Klosse auszubrennen. So ist bis jetzt das Strafverfahren gegen nicht weniger als 17 Angehörige der Rohrbach-Organisation eröffnet worden, die sich alle bis auf einen, der noch flüchtig ist, bereits in Haft befinden, entweder als Täter oder als Auslöser bez. Begeisterter.

Ob das Verfahren auch auf die beiden Leiter der Deutschnationalen Freiheitspartei in Barth, den Kaufmann Majole und den Fabrikanten Theo von Horz ausgedehnt werden wird, längst noch vor den weiteren Ergebnissen der Untersuchung ab, die in den nächsten Tagen abgeschlossen werden dürfte.

Die Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens im letzten Jahrhundert.

Unter diesem Titel hat der bekannte Leipziger Nationalökonom Prof. Dr. L. Pohlke* bei Teubner (Leipzig-Berlin) in 5. Auflage eine Sammlung von fünf Vorträgen erscheinen lassen, in denen das letzte Jahrhundert der Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens dargestellt wird. Ohne Zweifel zeigt der Verfasser, ist der Zeitraum, der von 1803 bis zum Zusammenbruch der welfe-politischen und westfälisch-politischen Stellung, die sich das neue deutsche Reich errungen hatte, im Jahre 1918 reicht, ein nunmehr abgeschlossenes Kapitel der deutschen Wirtschaftsgeschichte, und zwar ein Kapitel, das wohl — wenige nicht noch eine ganz unvorhergesehene Wendung umsetzt Schluß eintritt — auf lange hinaus das glänzendste Kapitel der deutschen Wirtschaftsgeschichte bleiben wird. Die Darstellung dieser Entwicklung schließt mit dem Ende des Weltkrieges ab, und nur einen kurzen Rückblick in die jetzt so dunkel vor uns liegende wirtschaftliche Zukunft Deutschlands gewidmet die Schlussbetrachtung.

In seinem ersten Vortrage behandelte der Verfasser den allgemeinen Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands im letzten Jahrhundert, insbesondere den Übergang vom Agrar- zum Industriestaat. Das Wirtschaftsleben des deutschen Volkes hat wiederholte gewaltige Veränderungen in jüngerer Zeit erfahren, man beachte nur etwa an das Aufstehen der deutschen Städte und ihres Gewerbelebens in der zweiten Hälfte des Mittelalters voran an den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands in und nach dem Dreißigjährigen Kriege zu denken. Allein eine so vollständige Umrüttung aller überkommenen Wirtschaftsverhältnisse, ein so gewaltiges

* Weitere bei Teubner erschienene Werke des Verfassers sind „Unternehmens-, Kapitalismus“, 2. Aufl.

Die bayerische Verfassungsänderung abgelehnt.

Ein Staatsdefizit von 200 Milliarden.

München, 31. Juli.

Das Plenum des bayerischen Landtags entschied am Dienstag über die Gesetzesvorlage der Regierung betreffend das Volkssicherungs- und Volksentlastungsgesetz, welche die bekannte Änderung der Verfassung darstellt mit dem Ziel, einen Staatspräsidenten zu schaffen. Der Abstimmung gingen eine längere Debatte voraus, in der vor allem der demokratische Abg. Müller-Melning die Absichten der Bayerischen Volkspartei an den Pranger stellte. Unter grohem Verfall der Binden betonte er, daß das Volk heute an diesen sozialdemokratischen Verfassungsvorlagen absolut kein Interesse habe, ihm viel mehr davon liege, ausreichende und billige Nahrungsmitte zu erhalten. Der sozialdemokratische Abg. Endres unterschied die Ausführungen und nannte als wahren Urheber dieser Treiberien gegen die Verfassung die bayerischen Verbände, die durch die geplante Verfassungsänderung in die Lage kommen wollen, trock ihrer verhältnismäßig kleinen Minderheit dem Lande ihren Willen aufzwingen. Daß die Bayerische Volkspartei und die Deutschnationalen sich heute schon als Böppmann dieser Verbände verwenden lassen, zeige ihre Angst vor diesen Verbänden und Herrn v. Rath angesichts der Parlamentswahlen im kommenden Jahr.

Die namentliche Abstimmung ergab 78 Stimmen für und 59 Stimmen gegen die Regierungsvorlage. Die gesuchte Zweidrittelmeinheit wurde also nicht erreicht, sodass die Vorlage als abgelehnt gilt.

München, 1. August.

Der bayerische Haushalt für 1923 schließt mit einem Defizit von rund 290 Milliarden Mark ab. Das Defizit war ursprünglich auf 4 Milliarden Mark veranschlagt. Die Sozialdemokraten stimmten im Haushaltsschub gegen das Haushaltsgesetz, womit eine Misstrauenskundgebung gegen die Regierung ausgesprochen wurde.

Verstaatlichung der Polizei!

München, 1. August.

Die Regierungsvorlage über die Verstaatlichung der Sicherheitspolizei in Bayern und die Errichtung einer Polizeidirektion Nürnberg-Fürth wurde gegen die sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt.

Man kann gespannt sein, welchen Einfluß diese Veränderung auf die Sicherheitsverhältnisse in Nürnberg-Fürth, soweit der Schutz der Bevölkerung gegen rechtsextreme Umtriebe in Betracht kommt, haben wird. Die fränkische Arbeiterchaft sieht die Gesetzesänderung als gegen sich gerichtet.

Poincarés Ablehnung.

London, 31. Juli.

Der diplomatische Berichterstatte des "Daily Telegraph" schreibt, der allgemeine Einbruck sei der, daß man der interalliierten Vereinbarung über die Ruhr- und Reparationsfrage nicht nähergekommen sei. In der heutigen Kabinetsbildung werde wohl darüber entschieden werden müssen, ob die Fortsetzung der Verhandlungen

und allgemeines Niedereichen und Neuausbauen auf wirtschaftlichem Gebiete, wie das letzte Jahrhundert es uns gebracht hat, hat sich in der jungen deutschen Wirtschaftsgeschichte noch nie in einer so kurzen Zeitspanne abgespielt. Im letzten Jahrhundert vollzog sich der Übergang Deutschlands zu einer ganz neuen Stufe der wirtschaftlichen Entwicklung, es ist das Zeitalter der Entstehung der modernen Volkswirtschaft in Deutschland. Prof. Pohlke unterscheidet in dieser Entwicklungszzeit drei Perioden, von denen die erste — 1806 bis zur Gründung des deutschen Zollvereins 1834 — durch die Befreiungskriege, die Landesbildung und die wenigstens teilweise Verwaltung der Gewerbe- und Wirtschaftsordnung einführt. Die zweite Periode — vom Inkrafttreten des Zollvereins bis zur Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches — gab der deutschen Volkswirtschaft durch das Verbinden der kapitalistischen Produktionsweise, das sich im Anschluß an die Zollvereinigung und an die Umgestaltung des Betriebswesens vollzog, eine neue, eine moderne wirtschaftliche Struktur. In der dritten Periode — den Jahren nach 1871 bis zum Ausbruch des Weltkrieges — erhielt der deutsche Wirtschaftsleben durch den Übergang zum Exportindustrialismus und zum Exportkonzerns ein verändertes, und zwar eine zum großen Teil im Ausland liegende Basis. Jetzt berechtigt auch gegenwärtig noch die wirtschaftliche Erfahrung des größeren Teiles der deutschen Nation auf der einheimischen agrarischen Basis, auf dem Austausch von Produkten der deutschen Landwirtschaft gegen Produkte der deutschen Industrie, die Schnur der wirtschaftlichen Entwicklung vor dem Kriege war aber unzweckhaft die, daß der Teil der deutschen Volkswirtschaft, dessen Wurzeln im Ausland lagen, der auf Gewerbe und Verarbeitung mit der Weltwirtschaft verbunden war, viel rascher wuchs als der deutsche Agrar- und Manufakturstaat.

Im zweiten Vortrage bespricht Prof. Pohlke

mit den Alliierten auf der gegenwärtigen Stellung irgendwelchen Zweck habe, welche politischen Methoden befolgt werden sollen und welchen Inhalt die Regierungserklärung im Parlament haben soll. Das Kabinett möge während wahrscheinlich erwogen, ob es ratsam sei, die englischen Vorschläge an die Alliierten zu veröffentlichen, damit sie selbst Gelegenheit haben, sich von der Höchstheit und dem Wert der britischen Bemühungen um Positionierung und Wiederaufbau zu überzeugen. Der Zustand in Deutschland lasse noch der Aussöhnung der meisten britischen Minister nicht länger ein Hindernis des Verfahrens zu, obgleich Pointard offenbar anderer Ansicht sei.

Nun auch dem französischen Ministerpräsidenten zufolge, doch er nicht nur versteht, dem „passiven Widerstand“ gewilligen deutschen Land und Volks ein bis jetzt unerschöpfliches Maß von Gewalt und Härtefähigkeit entgegenzustehen, sondern auch keinesfalls passiven Widerstand zu leisten. Poincaré hat in seiner Antwort an England nichts zu sagen; wenigstens will er nichts sagen. Ohne die britischen Anregungen unmittelbar zu bekämpfen, welche er allem Wesentlichen aus verschleppt die Erledigung durch Rücktragen und beharrt in aller Höchstheit bei dem, was er seit Monaten wiederholt: daß Deutschland sich unterwerfen müsse, daß man das Ruhrgebiet erst räumen könne, wenn „alles“ befreit sei, daß man Pünktler behalten werde, daß der Londoner Zahlungskontrakt von 1921 unumstößlich sei, daß man am besten tue, sich mit dem Streit über den Zahlungsausgleich die Stimmen nicht zu verlieren.

Rückkehr der französischen Regierung.

London, 31. Juli.

Ten Blättern zufolge erhieltte heute Lord Curzon auf der angeständigen Vollziehung des Kabinettsbericht über die Antwort Frankreichs und Belgien. Morgen wird das Kabinett noch einmal zusammenkommen, um endgültig darüber zu entscheiden, welche Haltung gegen den Gedanken, neutrale Einheitsverbündete hinzuzuziehen, sei. Bekanntlich werde er aus Höchstheit gestatten, daß ein Gleichverhältnis zwischen den belgischen und französischen Truppen eingerichtet wird, die grundlegenden französischen Forderungen betr. die Reparations- und Kriegsschulden gewährt werden; denn Poincaré besteht noch immer an dem Zahlungskontrakt von 1921 mit dem unabdinglichen Minimum von 26 Milliarden, dem Aufruhr auf die Priorität für die zentralen Gebiete und der Bereitwilligkeit, auf die Bonds im Verhältnis zur Verminderung der alliierten Schulden zu verzichten.

Poincaré habe einen Fragebogen aufgestellt, dessen Zweck es sei, festzustellen, wie hoch die Forderungen Großbritanniens gegen gegenüber seinen Alliierten und Deutschland seien und es sich mit einer Summe begnügen würde, die es ihm ermöglichen würde, den Schuldendienst an Amerika zu leisten, und ob es einverstanden sei, daß die Deutschen diese Summe aufzubringen hätten. Der Fragebogen sei sowohl der einzige konsultative Teil der französischen Note. Der übrige Inhalt sei rein trivialisches und negativ gehalten. Anders verhalte es sich mit der belgischen Antwort, trotzdem sie kurz sei. Zu der Ruhrangelegenheit komme die belgische Note insofern mit Poincaré überein, als sie, wenn auch in einer etwas weniger entschiedenen Sprache, die in den beiden Kommunikats des Brüsseler Konvents dargelegten Grundsätze bestätigt hat. Aber die belgische Note spricht

über die italienische Aussöhnung schreibt der

diplomatische Korrespondent des "Daily Telegraph": Mussolini sei zu der Überzeugung gelangt, daß die Russen auf ein interalliertes Übereinkommen über die Abschaffung einer gemeinsamen Antwort an Berlin gekommen seien, daß sie durch eine Verschiebung der französischen und belgischen Antwort auszusprechen, bevor die Angelegenheit im Kabinett erörtert werden ist. Es wird jetzt erwartet, daß der Premierminister und Lord Curzon über die Note am Donnerstag im Parlament eine Erklärung abgeben werden.

Mussolinis Ansicht.

London, 31. Juli.

Über die italienische Aussöhnung schreibt der diplomatische Korrespondent des "Daily Telegraph": Mussolini sei zu der Überzeugung gelangt, daß die Russen auf ein interalliertes Übereinkommen über die Abschaffung einer gemeinsamen Antwort an Berlin gekommen seien, daß sie durch eine Verschiebung der französischen und belgischen Antwort auszusprechen, bevor die Angelegenheit im Kabinett erörtert werden ist. Es wird jetzt erwartet, daß der Premierminister und Lord Curzon über die Note am Donnerstag im Parlament eine Erklärung abgeben werden.

Neue Sanktionen in Essen.

Paris, 1. August.

Nach einer Radaufmeldung aus Düsseldorf soll in der Nacht zum 30. Juli an den elektrischen Signalen des Bahnhofes Essen (es wird nicht

natürlichen Verprung vor den Formen des zentralisierten Großbetriebes verleiht, wo nämlich entweder wie beim Handwerk, die Produktion eine Anpassung an konkrete, individuell bestimmte Verhältnisse erfordert und es sich zugleich um einen aus kleinen Aufträgen sich zusammensetzen. Beides handelt, oder wo, wie in der Haushaltsware, zwar schon eine Massenproduktion von Waren der gleichen Gattung stattfindet, aber eine technische Notwendigkeit zur Errichtung geschlossener Großbetriebe nicht vorliegt.

Nachdem Prof. Pohlke dann weiter im zweiten Vortrage die Entwicklung der Großindustrie bis zum Ende des Weltkrieges, wo in der Ausdehnung des Dampfvertriebs und dem gewaltigen Aufschwung der Fabriken in Verbindung mit dem eigentlichen Betriebsystem in der österreichischen Landwirtschaft die Ursache der modernen westeuropäischen Agrarcrisis entstand, und zu einer Polizei der deutschen Landwirtschaft am Schluß des 19. Jahrhunderts führte. Welche Erfolge die Landwirtschaft des deutschen Handelspolitis mit ihren Aggressioen zu verantworten hat, zeigt sich während des Krieges, wo Deutschland in viele Jahre aus eigener Kraft die wenn auch knappe Ernährung seiner Bevölkerung sicherstellen konnte.

Im dritten Vortrage wird die Lage des Handwerks und der Handindustrie behandelt. Zusammenfassend ist aber deren Schluß während des letzten Jahrhunderts zu sagen: von der unbestrittenen Hochzeit, die diese Betriebsformen am Anfang des Jahrhunderts noch in den deutschen Gewerben besaßen, ist am Schluß keine Rede mehr. Der mechanische Großbetrieb ist in großem Umfang an ihre Stelle getreten und hat sie in den Hintergrund gedrängt. Aber noch immer sind sie in erheblichem Maße vorhanden, und es ist in absehbarer Zeit wohl auch nicht zu erwarten, daß sie völlig aus dem Wirtschaftsbild verschwinden. Die Wahrscheinlichkeit spricht vielmehr dafür, daß sie dauernd einen gewissen Platz im Wirtschaftsbild einnehmen werden können und werden. Sie haben auch noch verschiedene Betriebe des neutralen Auslandes, wie Prof. Götsch in Stockholm, offen aufgebrochen. Trotzdem von dieser Einführung, die sich immer deutlicher ausfüllt, von Seiten der Unternehmer nicht bald Rednung — mit kleinen Betrieben kann es da behaupten, wo ihre Eigenart ihnen einen

gegenseitig verhindert, erlaubt, so genannter Widerstand, der die belgische Note deutet an, daß die englischen Vorschläge entsprechend den Anregungen der anderen Alliierten erachtet werden können und einen wesentlichen Schritt in der Richtung auf ein neues interalliertes Übereinkommen bilden könnten. *
Nun auch dem französischen Ministerpräsidenten zufolge, doch er nicht nur versteht, dem „passiven Widerstand“ gewilligen deutschen Land und Volks ein bis jetzt unerschöpfliches Maß von Gewalt und Härtefähigkeit entgegenzustehen, sondern auch keinesfalls passiven Widerstand zu leisten. Poincaré hat in seiner Antwort an England nichts zu sagen; wenigstens will er nichts sagen. Ohne die britischen Anregungen unmittelbar zu bekämpfen, welche er allem Wesentlichen aus verschleppt die Erledigung durch Rücktragen und beharrt in aller Höchstheit bei dem, was er seit Monaten wiederholt: daß Deutschland sich unterwerfen müsse, daß man das Ruhrgebiet erst räumen könne, wenn „alles“ befreit sei, daß man Pünktler behalten werde, daß der Londoner Zahlungskontrakt von 1921 unumstößlich sei, daß man am besten tue, sich mit dem Streit über den Zahlungsausgleich die Stimmen nicht zu verlieren.
Rückkehr der französischen Regierung.
London, 31. Juli.
Ten Blättern zufolge erhieltte heute Lord Curzon auf der angeständigen Vollziehung des Kabinettsbericht über die Antwort Frankreichs und Belgien. Morgen wird das Kabinett noch einmal zusammenkommen, um endgültig darüber zu entscheiden, welche Haltung gegen den Gedanken, neutrale Einheitsverbündete hinzuzuziehen, sei. Bekanntlich werde er aus Höchstheit gestatten, daß ein Gleichverhältnis zwischen den belgischen und französischen Truppen eingerichtet wird, die grundlegenden französischen Forderungen betr. die Reparations- und Kriegsschulden gewährt werden; denn Poincaré besteht noch immer an dem Zahlungskontrakt von 1921 mit dem unabdinglichen Minimum von 26 Milliarden, dem Aufruhr auf die zentralen Gebiete und der Bereitwilligkeit, auf die Bonds im Verhältnis zur Verminderung der alliierten Schulden zu verzichten.
Rückkehr der französischen Regierung.
London, 31. Juli.
Ten Blättern zufolge erhieltte heute Lord Curzon auf der angeständigen Vollziehung des Kabinettsbericht über die Antwort Frankreichs und Belgien. Morgen wird das Kabinett noch einmal zusammenkommen, um endgültig darüber zu entscheiden, welche Haltung gegen den Gedanken, neutrale Einheitsverbündete hinzuzuziehen, sei. Bekanntlich werde er aus Höchstheit gestatten, daß ein Gleichverhältnis zwischen den belgischen und französischen Truppen eingerichtet wird, die grundlegenden französischen Forderungen betr. die Reparations- und Kriegsschulden gewährt werden; denn Poincaré besteht noch immer an dem Zahlungskontrakt von 1921 mit dem unabdinglichen Minimum von 26 Milliarden, dem Aufruhr auf die zentralen Gebiete und der Bereitwilligkeit, auf die Bonds im Verhältnis zur Verminderung der alliierten Schulden zu verzichten.
Rückkehr der französischen Regierung.
London, 31. Juli.
Ten Blättern zufolge erhieltte heute Lord Curzon auf der angeständigen Vollziehung des Kabinettsbericht über die Antwort Frankreichs und Belgien. Morgen wird das Kabinett noch einmal zusammenkommen, um endgültig darüber zu entscheiden, welche Haltung gegen den Gedanken, neutrale Einheitsverbündete hinzuzuziehen, sei. Bekanntlich werde er aus Höchstheit gestatten, daß ein Gleichverhältnis zwischen den belgischen und französischen Truppen eingerichtet wird, die grundlegenden französischen Forderungen betr. die Reparations- und Kriegsschulden gewährt werden; denn Poincaré besteht noch immer an dem Zahlungskontrakt von 1921 mit dem unabdinglichen Minimum von 26 Milliarden, dem Aufruhr auf die zentralen Gebiete und der Bereitwilligkeit, auf die Bonds im Verhältnis zur Verminderung der alliierten Schulden zu verzichten.
Rückkehr der französischen Regierung.
London, 31. Juli.
Ten Blättern zufolge erhieltte heute Lord Curzon auf der angeständigen Vollziehung des Kabinettsbericht über die Antwort Frankreichs und Belgien. Morgen wird das Kabinett noch einmal zusammenkommen, um endgültig darüber zu entscheiden, welche Haltung gegen den Gedanken, neutrale Einheitsverbündete hinzuzuziehen, sei. Bekanntlich werde er aus Höchstheit gestatten, daß ein Gleichverhältnis zwischen den belgischen und französischen Truppen eingerichtet wird, die grundlegenden französischen Forderungen betr. die Reparations- und Kriegsschulden gewährt werden; denn Poincaré besteht noch immer an dem Zahlungskontrakt von 1921 mit dem unabdinglichen Minimum von 26 Milliarden, dem Aufruhr auf die zentralen Gebiete und der Bereitwilligkeit, auf die Bonds im Verhältnis zur Verminderung der alliierten Schulden zu verzichten.
Rückkehr der französischen Regierung.
London, 31. Juli.
Ten Blättern zufolge erhieltte heute Lord Curzon auf der angeständigen Vollziehung des Kabinettsbericht über die Antwort Frankreichs und Belgien. Morgen wird das Kabinett noch einmal zusammenkommen, um endgültig darüber zu entscheiden, welche Haltung gegen den Gedanken, neutrale Einheitsverbündete hinzuzuziehen, sei. Bekanntlich werde er aus Höchstheit